

In dieser Ausgabe

**Gegen den Hartz-IV-
Arbeitsdienst !
Bundeswehrkarriereberatung
Gedenktage**



1. Dezember: Internationaler Tag der Gefangenen für den Frieden

Dieses Jahr im Blickpunkt:

FINNLAND:

- ◆ Kriegsdienstverweigerer im Gefängnis
- ◆ Schikanen gegen Zivildienstleistende
- ◆ Finnischer Kriegsdienstverweigerer beantragt politisches Asyl in Belgien

In zahlreichen Ländern der Welt werden Menschen, die sich für Frieden einsetzen verfolgt, inhaftiert oder sogar gefoltert oder getötet, sei es weil sie die Beteiligung am staatlich organisierten Massenmord verweigern, sei es weil sie sich auf andere Art für Frieden und Menschenrechte engagieren. Da-

Fortsetzung auf S. 2

Lesung:

Kleinwaffen sind Massenvernichtungswaffen!

Die wahre Geschichte von Samiira, Hayrettin
und einem deutschen Gewehr

Jürgen Grässlin, liest aus seinem Buch
„Versteck dich, wenn sie schießen“

Droemer, 416 Seiten, ISBN: 3-426-27266-0, 19,90 €

Mainz: Dienstag, 23. November 2004, 19.30 h

Interkulturelles Zentrum, Rheinallee 3d

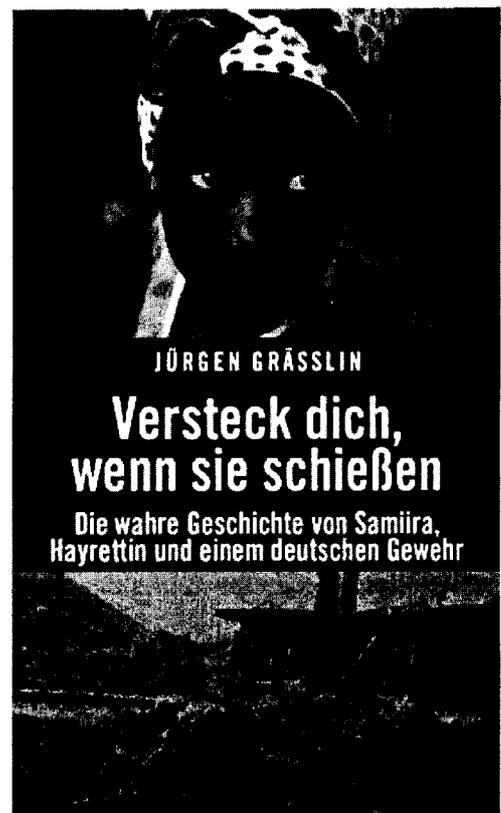
Veranstaltet von DFG-VK Mainz, AStA Univ. Mainz,
CampusGrün, Pax Christi Bistumsstelle Mainz

Wiesbaden: Dienstag, 30. November 2004, 20 h

Gemeindehaus d. Ev. Ringkirchengemeinde, Kaiser-Friedrich-Ring 5,
direkt neben der Ringkirche im 1. Stock, erster Raum links

Veranstaltet von DFG-VK Wiesbaden und Friedensinitiative Wiesbaden

Fortsetzung auf S. 2



Zum Buch

Heute lächelt Samiira wieder. Dabei hat das Leben ihr wenig Grund dazu gegeben: Als kleines Mädchen wächst sie in Somalia auf, mitten im Bürgerkrieg. Dann kommt der Tag, der alles verändert, der Tag, an dem ihre Mutter erschossen wurde. In der Türkei lebt Hayrettin, ein kurdischer Lehrer, dem seine Schüler über alles gehen. Dann kommt der Tag, der alles verändert, der Tag, an dem sein Heimatdorf dem Erdboden gleichgemacht, viele Bewohner erschossen werden. Ausgerechnet ein in Deutschland entwickeltes Schnellfeuergewehr hat Tod und Zerstörung ins Leben von Samiira und Hayrettin gebracht: das G3.

Jahrzehntelang war das G3-Gewehr die Standardwaffe der Bundeswehr, vielen deutschen Männern, die Soldat waren, wohlbekannt.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts bildet die weltweite Verbreitung so genannter „Kleinwaffen“ eine der größten Herausforderungen. Weltweit sind rund 550 Millionen „kleine Waffen“ und „leichte Waffen“ in Bürgerkriegen und Kriegen im Einsatz, die häufig zu Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden. Rund 90 Prozent aller Toten und Verletzten sind auf die Verwendung von Kleinwaffen zurückzuführen. Und Deutschland zählt zu den führenden Produzenten, Exporteuren und Lizenzgebern.

„Mit diesem Buch will ich den namenlosen Opfern dieser deutschen Kleinwaffe ein Gesicht und eine Stimme geben“, nennt Jürgen Grässlin das Motiv seines Buchprojektes. Neben den bekannten Kalaschnikows spiele das deutsche Schnellfeuergewehr G3 der Oberndorfer Firma Heckler & Koch „eine besonders mörderische Rolle“, so Grässlin. Weltweit seien bisher über 1,5 Millionen Menschen durch Kleinwaffen der Firma Heckler & Koch ums Leben gekommen.

Jürgen Grässlin erzählt die Geschichte von zwei Menschen, die selbst im Angesicht des Todes ihre Kraft und ihre Hoffnung nicht verlieren.

Zum Autor

Jürgen Grässlin hat sich mit seinen Biographien über Daimler-Chef Jürgen Schremp und über Porsche-Chef Ferdinand Piëch einen Namen gemacht. Grässlin ist Bundessprecher der DFG-VK und Sprecher des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen (DAKS). Er prangert in seinem Buch an, dass Deutschland mit der Entwicklung neuer Heckler & Koch-Waffen (G36 und OICW) zum führenden Gewehrproduzenten und -exporteur aufsteigen werde.

Einnahmen aus dem Buch und aus den Buchlesungen werden dem Fonds für Opfer von Kleinwaffen zur Verfügung gestellt.

Fortsetzung von Seite 1

Internationaler Tag der „Gefangenen für den Frieden“

ran erinnert alljährlich die *War Resisters'International* (WRI) indem sie anlässlich des *Internationalen Tags der Gefangenen für den Frieden* am 1. Dezember die *Ehrenliste der Gefangenen für den Frieden* veröffentlicht. Die Liste enthält die Adressen von Menschen, die weltweit Kriegsdienstverweigerung oder wegen ihrer Friedensarbeit gefangen gehalten werden.

**December 1
International Prisoners
for Peace Day**

In diesem Jahr sind es 39 Gefangene, stellvertretend für viele, deren Adressen nicht bekannt sind oder die diese Art der Publizität nicht wünschen.

In Südkorea wurden hunderte von Prozessen vertagt, doch mittlerweile haben sowohl das Oberste Gericht als auch das Verfassungsgericht gegen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung entschieden. Am 30. Juni waren 436 südkoreanische Verweigerer im Gefängnis, angesichts der gegenwärtigen Prozesswelle wird damit gerechnet, dass sich ihre Zahl bis zum Jahresende auf 1000 erhöhen wird. Die Liste nennt inhaftierte Kriegsdienstverweigerer in Armenien, Turkmenistan, Eritrea, Finnland und den USA. In Weißrussland wurden Enthüllungen über Čer-

nobl', in Puerto Rico und in den USA Aktionen gegen Militäreinrichtungen mit Haft bestraft.

Nicht erwähnt sind Gefangene in Israel und Deutschland. In Israel werden jedoch Verweigerer von der Militärjustiz immer wieder zu Kurzstrafen von einigen Wochen verurteilt, die auch aufeinander folgen können. Deshalb ist es nicht möglich im voraus zu wissen, wer wann in welchem Gefängnis sein wird. In Deutschland werden nach wie vor Totale Kriegsdienstverweigerer verfolgt. Ein Beispiel ist Jannes von Bestenbostel aus Bremen. Er war er von der Polizei direkt aus der Schule zwangsweise zur Musterung verschleppt worden, die Bundeswehr bestrafte ihn mit drei Arreststrafen, bis er mit Dienstverbot belegt und nach Hause geschickt wurde. Am 25. November findet nun der Strafprozess statt.

Finnland

Im Mittelpunkt der weltweiten Aktionen und der Öffentlichkeitsarbeit zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung steht in diesem Jahr die Situation der Kriegsdienstverweigerer in Finnland. Positiv anzumerken ist, dass es in Finnland keine Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer gibt. Allerdings werden pro Jahr ca. 60 totale Kriegsdienstverweigerer inhaftiert, in der Regel für 197 Tage. Viele dieser Verweigerer protestieren damit gegen die unzumutbare Gestaltung des Zivildienstes, andere wenden sich gegen jeden Kriegs- und Zwangsdienst.

Der Ersatzdienst ist doppelt so lang wie der Militärdienst, was im Widerspruch zu den Empfehlungen des Europäischen Parlaments, des Europarats und der UN-Menschenrechtskommission steht. Den Zivildienstleistenden werden ihnen gesetzlich zustehende Leistungen wie kostenlose Unterkunft vorenthalten. Vollkommen absurd ist, dass das Recht auf Militärdienstverweigerung nur in Friedenszeiten gilt. Wegen dieser Zustände erkennt Amnesty international finnische totale Kriegsdienstverweigerer als Gewissensgefangene an. Während in Westeuropa Staat, Militär und Gesellschaft Zivildienstleistende als bequem ausbeutbare billige und rechtlose Arbeitskräfte zu schätzen gelernt haben, schlägt den Kriegsdienstverweigerern in Finnland viel Feindseligkeit entgegen. In den 1990er ist ihre Zahl von früher etwa 800 auf ca. 2500 im Jahr gestiegen.

Gleichzeitig erfuhr der Militarismus in Finnland eine Wiederbelebung, als Finnland, das jahrzehntelang „finnlandisiert“ gewesen war und auf die Sowjetunion Rücksicht nehmen musste, zu einem selbstbewussten Mitglied der EU wurde.

Welcome to Finland -Where refusing to kill is criminal



2001 floh der finnische Kriegsdienstverweigerer Jussi Hermaja, den in Finnland 197 Tage Gefängnis erwarten, nach Belgien und beantragte dort politisches Asyl. Sein Asylgesuch wurde mittlerweile abgelehnt und es bleibt abzuwarten, ob er nach Finnland abgeschoben werden wird.

Die WRI ruft dazu auf, den Gefangenen Kartengrüße als Zeichen der Solidarität und der Ermutigung zu schicken. Selbst wenn die Karten die AdressatInnen nicht erreichen sollten, machen sie deutlich, dass die Gefangenen nicht vergessen sind, was sich auf die Haftbedingungen günstig auswirken kann.

Wer den Gefangenen schreiben will, findet die Liste mit Aktualisierungen und zahlreichen Zusatzinformationen unter www.wri-irg.org in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch.

Die DFG-VK Mainz schreibt die Karten an die Gefangenen für den Frieden mit netten Leuten und mit Musik, Speis und Trank am Montag, 6. Dezember 2004, 19 Uhr, im Interkulturellen Zentrum, Rheinallee 3d, Mainz



Gegen den Hartz-IV-Arbeitsdienst !

Redebeitrag der DFG-VK Marburg bei der Anti-Hartz-IV-Demonstration am 13.9.2004 in Marburg

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Frankfurter Sozialdezernent Franz Frey mag die „Arbeitsgelegenheiten“ nach Hartz IV nicht „Ein-Euro-Jobs“ nennen. Er spricht lieber von „Frankfurt-Jobs“. Der Begriff Ein-Euro-Job sei falsch, weil nämlich, so verriet er letzte Woche der „Frankfurter Rundschau“, „die ja nicht nur einen Euro verdienen.“ Mit „die“ meint der südhessische Sozialdemokrat Langzeitarbeitslose, von denen er sich einen hypothetischen vornimmt: Verheiratet, ein Kind: macht einen Arbeitslosengeld-II-Regelsatz von 823 Euro. Plus fiktiver Mietpreis in Höhe von 600 Euro. Plus Mehraufwandsentschädigung für 25 Wochenstunden „Frankfurt-Job“: 200 Euro. Plus Fahrtkosten und noch abzüglich Kindergeld kommt Franz Frey in seiner Rechnung auf ein Monatseinkommen von „1.513 Euro“.

Macht nach Adam Riese etwa 14 Euro pro Stunde. Dieses Spielchen des Frankfurter Rechenkünstlers können wir allerdings weitertreiben. Vielleicht wird das Kind des hypothetischen Langzeitarbeitslosen nächsten Monat 15 Jahre alt. Vielleicht – man weiß ja nie – kommt bald noch ein zweites dazu. Und nächstes Jahr – ist ja nicht auszuschließen – bricht sich der Opa den Oberschenkelknochen, wird verwirrt, pflegeabhängig und deshalb in die Bedarfsge-

meinschaft des hypothetischen Langzeitarbeitslosen aufgenommen. Der Medizinische Dienst attestiert Pflegestufe III, die Pflegeversicherung muss zahlen, auch das Sozialamt ein wenig, und schon bringt der Sozialstaat für die Langzeitarbeitslosenfamilie monatlich rund, sagen wir mal, 3800 Euro auf. Macht pro Frankfurt-Job-Stunde 35 Euro.

35 Euro! Und das steuerfrei! Schöne Sache also. Warum protestieren dann aber all die Leute gegen die sogenannten „Arbeitsgelegenheiten“?

Ganz einfach, weil der Staat für unsere hypothetische Langzeitarbeitslosenfamilie auch ohne die 25 Stunden-Arbeitsgelegenheit immerhin 3600 Euro aufbringen würde.

Denn die Pflegeversicherung zahlt für den pflegebedürftigen Opa, weil der eben pflegebedürftig ist, nicht weil dessen Sohn irgendwo gemeinnützig arbeitet.

Die Mietkosten übernimmt der Staat – entsprechend dem Sinn und Zweck des Wohngeldes –, um den Wohnungsbau in der Bundesrepublik zu subventionieren und zu fördern, und nicht, weil das irgendetwas mit einer gemeinnützigen Arbeitsgelegenheit zu tun hat.

Schließlich zahlt der Staat Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nicht wegen der gemeinnützigen Tätigkeit unseres Beispielarbeitslosen, sondern als sozialstaatliche Fürsorgeleistung: Wer für sein Auskommen nicht sorgen kann, sei es, weil er oder sie nicht über genügend Kapital verfügt, um es gewinnbringend

anzulegen, oder sei es, weil eine fehlende Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt es nicht erlaubt, die Arbeitskraft des Arbeitssuchenden zu verkaufen, der oder die soll wenigstens nicht hungern müssen.

Im Zusammenhang mit der gemeinnützigen Arbeit des Erwerbslosen stehen sachlich lediglich die in Aussicht gestellten ein bis zwei Euro Mehraufwandsentschädigung pro Stunde.

Eine Arbeit, für die nur ein oder zwei Euro pro Stunde gezahlt werden, ist für die Betroffenen aber unwürdig. Denn eine derartige Entlohnung zeigt ihnen, dass ihre Arbeit nichts wert ist und dass ihre bisher erworbenen Qualifikationen nichts wert sind. Deshalb lehnen wir die geplanten Ein-Euro-Jobs ab.

Und von Entlohnung zu sprechen, ist naturgemäß schon falsch. Denn es handelt sich ja eben um Mehraufwandsentschädigungen. Und zweifellos müssen diejenigen, die sechs oder neun Monate lang wöchentlich 20 oder 25 Stunden zu gemeinnütziger Arbeit gezwungen werden, mit einem Mehraufwand rechnen. Weil dann die Zeit fehlt, preiswert einzukaufen, zum Beispiel. Oder weil für Arbeitskleidung Geld ausgegeben werden muss. Es bleibt also letztlich fraglich, ob überhaupt ein paar Euro übrig bleiben.

Wer aber wie Arbeitsminister Clement ein System etablieren will, in dem bis zu 600.000 Menschen gezwungen werden, einer unqualifizierten Arbeit nachzugehen, für die so gut wie kein Lohn gezahlt wird, den können wir nicht anderes bezeichnen, denn als Geburtshelfer eines neuen Arbeitsdienstes. Und zwar eines Arbeitsdienstes, der allerdings nicht alle Bürgerinnen und Bürger zur Arbeit zwingt, sondern nur diejenigen, die arm sind und die über kein Einkommen verfügen.

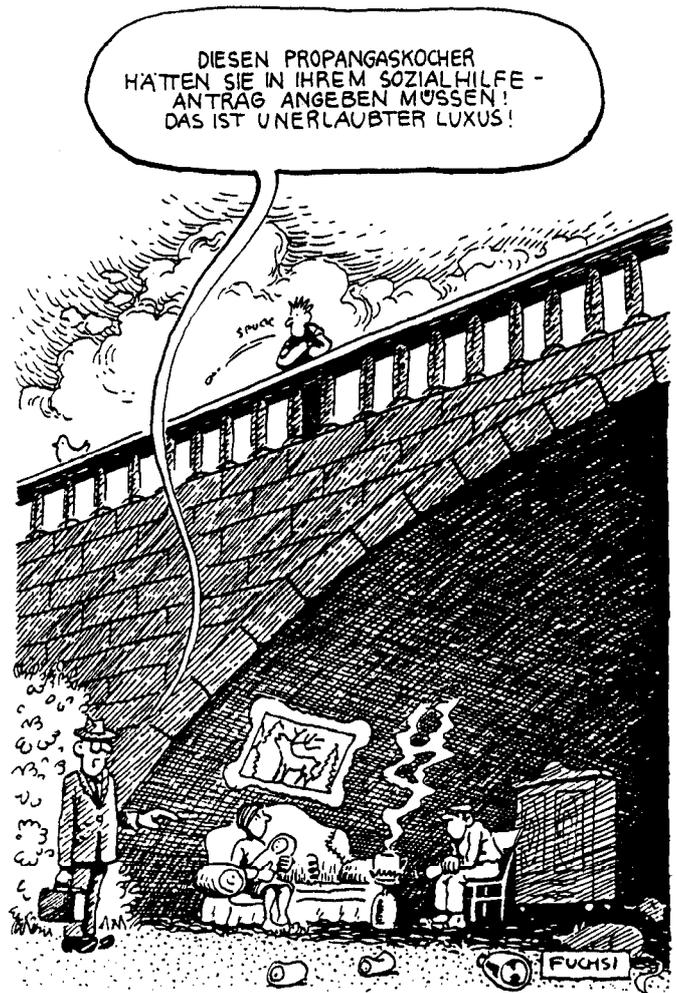
Der neue Arbeitsdienst ist aber auch deshalb abzulehnen, weil er reguläre Arbeitsverhältnisse verdrängen wird. Zwar erklären die Befürworter der Ein-Euro-Jobs, dass nur zusätzliche Tätigkeiten vom Staat bezuschusst werden sollen. Familienministerin Schmidt verwies vor einer Woche auf 60.000 freie Zivildienststellen, die bedenkenlos mit Arbeitslosengeld-II-Bezieherinnen zu besetzen wären, weil ja alle Zivildienstplätze erklärtermaßen arbeitsmarktneutral seien. Aber ist das tatsächlich so?

Dazu ein Beispiel aus Marburg: Als Mitte der 80er Jahre der Zivildienst bundesweit energisch ausgebaut wurde, hat auch das Rote Kreuz in Marburg einige zusätzliche Zivildienstleistende abbekommen. In einer Verbandsmitteilung plauderten die Verantwortlichen danach etwas vorlaut aus dem Nähkästchen. Die neu besetzten Zivildienstplätze würden es dem Roten Kreuz ermöglichen, die Zahl der Hauptamtlichen kostengünstig zu verringern. Zivildienstplätze sind eben in den meisten Fällen nicht „zusätzlich“, allerdings spricht man nicht gerne darüber und hält die Fiktion der Arbeitsmarktneutralität aufrecht. Wäre die Tätigkeit der Zivildienstleistenden bei den Wohlfahrtsverbänden wirklich nur zusätzlicher Na-

tur, dann dürfte die bereits seit einigen Jahren laufende Reduzierung und Abschaffung des Zivildienstes nicht ein derart großes Geschrei auslösen.

So wenig wie Zivildienstplätze werden Ein-Euro-Jobs arbeitsmarktneutral sein. Schon haben zum Beispiel Krankenhäuser gegenüber den von ihnen beauftragten privaten Reinigungsfirmen angekündigt, die Gebäudereinigung im nächsten Jahr wieder in eigener Regie mit Ein-Euro-Jobbern machen zu wollen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung kommentierte vergangene Woche nüchtern:

„Es ist Augenwischerei anzunehmen, dass die staatlich subventionierten Ein-Euro-Jobs keine Stellen verdrängen werden. Jeder Arbeitslose, der sich im Kindergarten als Wächter die Zeit vertreibt oder der Fahrdienste für Wohlfahrtsverbände übernimmt, könnte auch regulär beschäftigt werden.“



aus: Fuchsi: Zorro. Semmel-Verlach, Kiel 1983

Wenn aber mit den Ein-Euro-Jobs nur reguläre Arbeitsverhältnisse verdrängt werden, dann nimmt nicht die Zahl der Erwerbslosen ab, sondern nur die Zahl derjenigen zu, die arbeiten müssen, ohne dafür anständig bezahlt zu werden. Auch deshalb lehnen wir den neuen Arbeitsdienst ab.

Deshalb ist es auch im Interesse derjenigen, die heute noch einen regulären Arbeitsplatz im kommunalen Sektor, im Gesundheits- oder Sozialdienstleistungsbereich haben, die Ein-Euro-Jobs zu verhindern. Denn der neue Arbeitsdienst wird als Druckmittel auf ihre Arbeitsplätze genutzt werden.

Für die Arbeitgeber im Wohlfahrtsgewerbe sind die Hartz-IV-

Malocher ein gutes Geschäft. Die ein bis zwei Euro Aufwandsentschädigung zahlt der Staat; darüber hinaus gibt es noch bis 300 pro Monat für Qualifizierungs- und Betreuungsmaßnahmen. Das ist sehr viel günstiger als ein Zivildienstleistender, für den es deutlich weniger Zuschüsse gibt.

Deshalb sind die von den Sozialverbänden vergangene Woche in Aussicht gestellten 15.000 Stellen auch nur der Beginn. Anfang Juli berichteten Caritas und Paritätischer Wohlfahrtsverband bei einer Pressekonferenz in Berlin über ihre weitergehenden Vorstellungen. Längerfristig rechnet man nämlich mit 100.000 bis 200.000 Stellen, die allein im Bereich der Pflegedienste besetzt werden könnten, so der Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Werner Hesse.

Berücksichtigt man darüber hinaus, dass es bereits heute in den Kommunen zwischen 200.000 und 250.000 Ein-Euro-Jobs nach § 19 Bundessozialhilfegesetz gibt, dann scheint die Zielvorstellung von 600.000 Ein-Euro-Jobs nicht unrealistisch.

Zum Schluss noch ein Gedanke aus friedenspolitischer

Perspektive: Hartz IV richtet sich vor allem gegen die unter 25jährigen. Denen nämlich kann bei Verweigerung einer zumutbaren Arbeitsgelegenheit das Arbeitslosengeld II ganz gestrichen werden und ihnen muss ab 1.1.2005 ein Ausbildungsplatz oder eine Arbeitsgelegenheit angeboten werden. Für diejenigen Jugendlichen, die sonst nichts finden, heißt also auf jeden Fall: Rekrutierung für den Arbeitsdienst.

Andererseits sind die unter 25jährigen die Zielgruppe, wenn es um Rekrutierungen für die Bundeswehr geht. Insbesondere dann, wenn, was zu erwarten ist, die allgemeine Wehrpflicht wegfällt. Jugendliche, die sozial schwachen Schichten angehören und die keine andere Ausbildungsmöglichkeit finden, sind dann ein gefundenes Fressen für die Werber der bundesdeutschen Armee. Die sozial Schwachen werden es dann sein, die als Bundeswehrsoldaten überall in der Welt ihren Arsch für die Interessen des deutschen Kapitals hinhalten müssen. Auch deshalb sollten wir Hartz IV und die Ein-Euro-Jobs ablehnen.

Vielen Dank.

Karriereberatung der Bundeswehr

Seit einigen Monaten gibt auf einer der Homepages der Bundeswehr eine virtuelle "Wehrdienstberaterin bei der Bundeswehr" (www.bundeswehr-karriere.de).

Folgendes Gespräch habe ich mit Frau Fischer geführt:

SF: Morgen! Ich bin Stefanie Fischer. Ich kann Ihnen sicherlich einige Karrietertipps geben. Sie können sonst auch mit meinem Kameraden Christian Wagner sprechen. Wie soll ich Sie ansprechen?

Ich: Mein Führer

SF: Eingaben zu diesem Thema werden nicht kommentiert.

Das geht also nicht mehr. Vor ein paar Monaten, konnte man sich noch mit „mein Führer“ anreden lassen. Der nächste Versuch:

Ich: Ich heiße Kriegsminister

SF: Ich freue mich über Ihren Besuch, Kriegsminister. Wussten Sie, dass die Bundeswehr Ihnen sehr attraktive Leistungen anbietet, was Gehalt oder die sozialen Leistungen angeht? Dazu wollen Sie sicherlich mehr erfahren!

Na, immerhin!



SEIT DER LETZTEN WEHRDIENSTVERKÜRZUNG MACHT'S IRGENDJEM KEINEN SPASS MEHR!!

Ich: lächle!

SF: Wenn es Sie glücklich macht!

Dabei grinst sie eh schon die ganze Zeit.

Ich: Was macht die Bundeswehr im Ausland?

SF: Gemeinsam mit Streitkräften befreundeter Nationen und Partnern beteiligt sich die Bundeswehr an friedenserhaltenden und stabilisierenden Operationen. Die Bundes-

Weitere LUFF-Karikaturen in „LUFF '04 ERTAPPT!“ · DRW-Verlag Leinfelden

wehr ist zudem schon seit längerer Zeit gefordert, sich an humanitären Einsätzen zu beteiligen.

Ach so ist das: Wie das funktioniert zeigt ja auch das Beispiel Afghanistan.

Vor ein paar Monaten konnte man ihr noch z.B. ein zweideutiges, „Auch Polen ist eine Reise wert.“ auf die Frage "Wann marschieren wir in Polen ein?" entlocken. Mittlerweile wurde der Rekrutierroboter halt weiterentwickelt.

Ich: Militär gehört abgeschafft!

SF: Stellen Sie mir am besten eine genauere Frage.

Ich: Gehört Militär abgeschafft?

SF: Ich verstehe nicht ganz... Wussten Sie, dass die Bundeswehr Ihnen sehr attraktive Leistungen anbietet, was Gehalt oder die sozialen Leistungen angeht? Dazu wollen Sie sicherlich mehr erfahren!

Ich: Nein, die Bundeswehr ist pure Geldverschwendung!

SF: Muss ja auch nicht sein. Womit kann ich Ihnen weiterhelfen?

Endlich mal eine Aussage, die Bundeswehr muss nicht sein!

Ich: Soldaten sind Mörder.

SF: Zu diesem Themenbereich möchte ich mich nicht weiter äußern.

Also zum Diskutieren ist Frau Wagner nicht geeignet...

Einige sehr amüsante Gesprächsfragmente mit diesem Rekrutierungsroboter kann man unter www.superlupomagazin.de/viewtopic.php?t=1204 nachlesen. Hier geht es aber weniger ums Witzeln.



Was soll das? Die Bundeswehr bereitet sich verstärkt auf den Wegfall der Wehrpflicht vor. Genauso wie die Bundeswehr seit mindestens drei Jahren auf der Leipziger Buchmesse für sich wirbt, wirbt sie auch durch den Rekrutierungsroboter. Angesichts des Sozialabbau in diesem Land, soll sie als Arbeitgeber attraktiv erscheinen. Politische und pazifistische Themen werden nicht diskutiert. Es geht in erster Linie um Sozialleistungen, Gehalt, Karriere. Die Existenz der Bundeswehr wird nicht hinterfragt. Dieser lockere unreflektierte Plauderton, macht mir Magenschmerzen. Es sollte sich niemand durch Frau Fischers Geschwätz einullen lassen: Militär ist keine Selbstverständlichkeit!

Harald

Sendungen der Medieninitiative Radio Quer auf der Wiesbadener Lokalradiofrequenz UKW 92,5 MHz im Überblick				
Aktualisierungen und weitere Informationen unter www.radio-quer.de				
Uhrzeit	Montags	Mittwochs	Freitags	Samstags
11 - 12	Agenda-Radio	Campusradio	Morgenmuffel mit DJ Joop	
14- 15	Die Kinderstunde	Radio Quer Dosenfutter		
15- 16		Radio Quer Aktuell – Das Info-Radio		
16- 17		1. Mittwoch im Monat: PAZIFISSIMUS. Sendung der DFG-VK Wiederholung am 2. Mittwoch im Monat 3. Mittwoch im Monat: Pradus Schmadus Show 4. Mittwoch im Monat: Kultur Querschnitt 5. Mittwoch im Monat: Workshop		
17 – 18		1. u. 3. Mittwoch im Monat: Tee für 3 2. Mittwoch im Monat: Indi-Mag 5. Mittwoch im Monat: abwechselnd Indi-Mag / Tee für 3		
18- 19		1. u. 3. Mittwoch im Monat: Friede, Freiheit, Menschenrechte 2. Mittwoch im Monat: Indi-Mag		
20 - 23				<i>alle 2 Wochen</i> Format Pausenraum <i>abwechselnd mit</i> Global / Lokal

Gedenktage, Gedenkstätten, Erinnerungen... brauchen wir sie, wem nützen sie?

Am 17. Juni vor 41 Jahren erhoben sich in Ostdeutschland bei einem Massenaufstand tausende unterdrückter Menschen gegen Ausbeutung und kommunistische Diktatur. Der Protest wurde blutig niedergeschlagen, 50 Aufständische kamen um, tausende wurden inhaftiert, auch 20 sowjetische Soldaten, die sich geweigert hatten, auf Demonstranten zu schießen, wurden hingerichtet. -

Ich vermute, dieses traurige Geschehen wird langsam verblassen, auch weil es 1989 eine friedliche Revolution gegeben hat, die zur Wiedervereinigung beider deutscher Staaten geführt hat. Daran wird jährlich am 3. Oktober erinnert; Berufstätige und Schüler freuen sich über einen freien Tag. Wenn Medien mal keine Sondersendungen

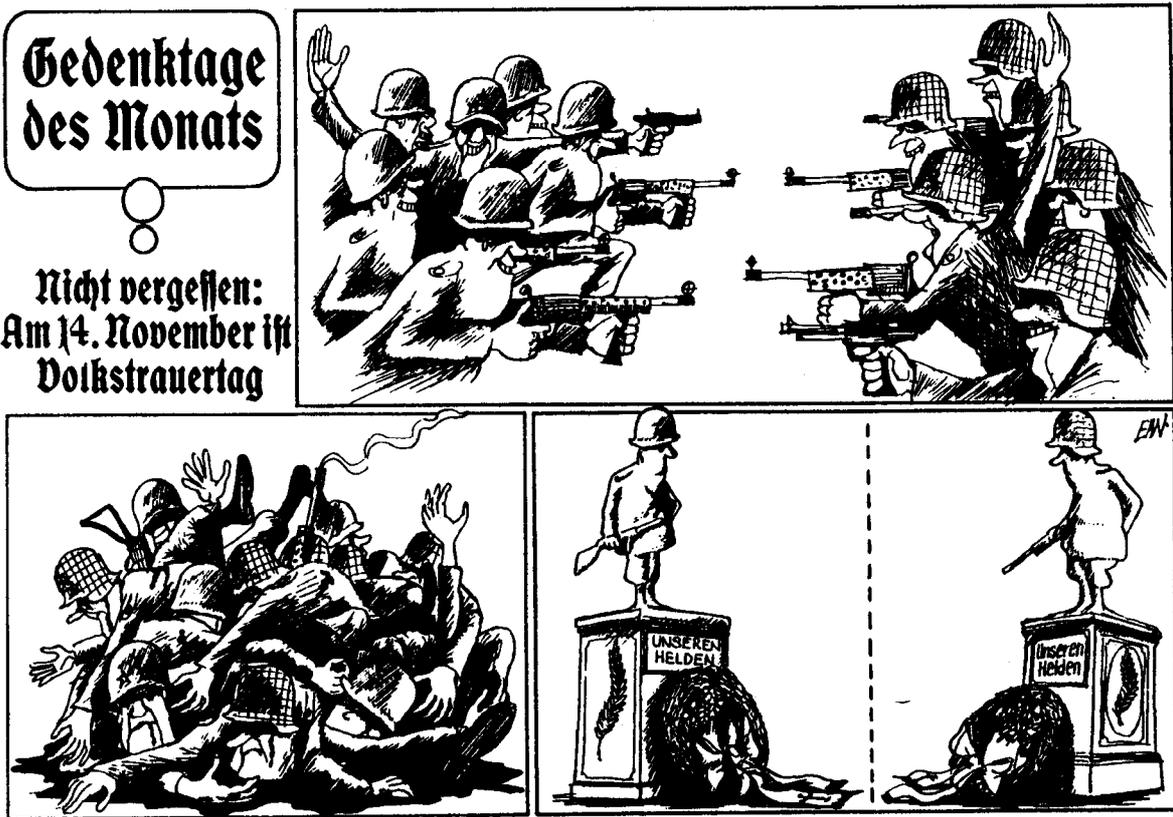
mehr bringen sollten, im Geschichtsunterricht Fakten und Hintergründe nicht mehr gelehrt werden, wird wohl auch dieser denkwürdige Tag aus dem allgemeinen Bewusstsein verschwinden. - Inwieweit beispielsweise der 6. August 1945 hierzulande den meisten noch bekannt ist als Tag des Grauens, an dem zum ersten Mal eine Atombombe über bewohntem Gebiet gezündet wurde, angeblich, um damit den 2. Weltkrieg schneller zu beenden, fragt sich sehr. Hunderttausende in Hiroshima starben damals sofort, viele sterben noch heute an den Spätfolgen der Radioaktivität. Hunderttausende oder weniger? Mit Schreckenszahlen wird manipuliert. Damals wie heute. Je nach politischer Einstellung und Quellenlage hört man Unterschiedliches über Bombenopfer und Anzahl der Toten bei kriegerischen Auseinandersetzungen. Als wäre nicht schon ein einziges Mordopfer schlimm genug. -

Und weil der Mensch so vergesslich ist, auch vergessen will, müssen Gedenkstätten her. Müssen sie?

Alte Kriegerdenkmäler, die man oft im Zentrum auch kleiner Ortschaften findet, preisen die Gefallenen als Helden und fordern damit unterschwellig die nächsten Generationen zur Nachahmung auf. Damit meine ich nicht, dass toter Soldaten nicht gedacht werden sollte; viele waren durch Kriegspropaganda verführte oder an die Waffen gezwungene Menschen gewesen. Besonders letztere verdienen unser Mitgefühl und Nachdenken darüber, wie künftige Kriegskatastrophen verhindert werden können. Nur insofern haben für mich Kriegerdenkmäler eine Daseinsberechtigung. - KZs wie Bergen-Belsen, wo u.a. Anne Frank ihr junges Leben verlor, Buchenwald, was nach Kriegsende zuerst von den Sowjets, dann von der DDR weitergeführt wurde, zwar nicht als Vernichtungslager wie in der Nazizeit, aber doch unter menschenunwürdigen Bedingungen, ähnlich wie das "Feld des Jammers" bei Bad Kreuznach, wo deutsche Kriegsgefangene eine Zeit lang unter freiem Himmel von den amerikanischen Streitkräften eingepfercht waren. Hier wie dort starben viele. Auch dieser Nachkriegsopfer sollte man gedenken,

ohne aufrechnen zu wollen. - Die Befreier, die die naziistische Gewaltdiktatur beseitigen wollten, kamen ja nicht als Friedensengel, sondern als Soldaten mit Waffen und stießen auf erbitterte Gegenwehr. Nach der Logik des Krieges gibt es auch bei Befreiungsaktionen immer Tote und Verletzte. Und so sollen KZs und ehemalige Kriegsgefangenenlager als Mahnstätten für nachwachsende Generationen erhalten bleiben. - Ob sie allerdings Menschen abhalten können ähnliche Einrichtungen zu schaffen, bezweifle ich, angesichts der neuen Verbrechen im Irak und anderswo, die an Gefangenen begangen und durch Terroristen verübt werden. - Die Gedenkstätte Auschwitz und das Wissen um den Völkermord an den Juden verhinderten leider nicht neue Völkermorde auf dem Balkan und das Massaker von Hutus an Tutsis und so fort. Wann endlich begreifen israelische, palästinensische und andere Politiker, dass Gewalt das Leben der Menschen nur unsicherer macht, jede neue aggressive Vorgehensweise den Hass auf der gegnerischen Seite wachsen lässt und weitere Vergeltungsmaßnahmen nach sich zieht? -

So dreht sich die Gewaltspirale weiter, zu beobachten an vielen Brennpunkten auf der Welt. Hier müsste angesetzt werden. Kleine hoffnungsvolle Ansätze sehe ich, wenn einige israelische Soldaten wenigstens erklären, bei diesem Krieg nicht mitmachen zu wollen. - Die Unsummen für die Errichtung neuer Gedenkstätten wäre sinnvoller angelegt in sozialen Einrichtungen wie Kinderheimen o.ä., die man "Häuser der Versöhnung" nennen sollte oder in Schulungsprogrammen für gewaltfreie Konfliktlösungen weltweit. Kriege, Folter und Todesstrafe müssten geächtet werden. Jedes einzelne Menschenleben, ganz gleich ob Mann oder Frau, Jung oder Alt, müsste in seiner Einmaligkeit und Unversehrtheit geschützt werden. Dazu wäre auch eine neue Moral, eine erweiterte Ethik nötig, die eigentlich schon in uralten Werten begründet ist, und an der wir alle weiterarbeiten müssen. ub



Wiesbaden:

**Mahnwache und Infostand für den Frieden
donnerstags 18 -19 h**

Kirchgasse, Höhe Faulbrunnenstr.
DFG-VK und Friedensinitiative Wiesbaden
freuen sich über Leute, die sich beteiligen.

Kriegsdienstverweigerung: Informationen im Internet

www.dfg-vk.de
www.Zentralstelle-KDV.de
www.wehrpflichtvermeidung.de
www.ohne-uns.de
www.kampagne.de

Noch nie waren seit in der Einführung des Kriegsdienstzwangs in der BR Deutschland die Chancen, die Ableistung eines militärischen oder zivilen Kriegs- und Zwangsdienstes zu vermeiden, so gut wie heute. Wer sich rechtzeitig – am besten lange vor der Musterung - informiert und entscheidet, was er will und sich entsprechend verhält, hat gute Chancen, seine Ziele zu erreichen. Zur Zeit wird in Bundesregierung und Bundestag über die Abschaffung des Kriegsdienstzwangs debattiert, weil für die geplanten Interventionskriege die Bundeswehr umstrukturiert wird und die sogenannten Wehrpflichtigen immer weniger in die neue Struktur passen. Es könnte sein, dass diejenigen, die in den nächsten Monaten zulassen, dass sie zu Bundeswehr oder Zivildienst einberufen werden, die letzten sind, die einen dieser Dienste zwangsweise ableisten.

Es könnte langfristig auch alles anders kommen, als die Kriegsplaner denken. Weil das US-Militär durch Besetzung und Krieg im Irak sowie seine weltweite Überdehnung in Personalnot gekommen ist, wird in den USA zunehmend diskutiert, den Kriegsdienstzwang wieder einzuführen, um auch weiterhin andere Länder für längere Zeit besetzen zu können. Die europäischen Staaten sind noch nicht so weit.

Beratung für VerweigererInnen aus den USA:

Military Counseling Network (MCN),

Hauptstr. 1, 69245 Bammental.
Tel. + Fax 06223-477 91, E-mail mcn@dmfk.de
www.getting-out.de

Beratung für ausländische Kriegsdienstverweigerer (-innen), Kriegsdienstflüchtlinge und Deserteure(-innen):
Connection, Gerberstr. 5, 63065 Offenbach. Tel. 069-82 37 55 34, Fax 069-82 37 55 34, E-Mail office@Connection-eV.de

Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Sektion der War Resisters' International (WRI)

Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt
Tel. 069 151440 Fax 069 192000 dfgkhessen@t-online.de

Aschaffenburg (das liegt zwar in Bayern, zählt aber DFG-VK-mäßig zu Hessen): c/o Gunnar Schedel, Hangstr. 3, 63768 Hösbach.

Tel. + Fax 06021-581 734 (Alibri-Verlag) verlag@alibri.de
Kriegsdienstverweigerungsberatung nach telefonischer Vereinbarung.

Bad Kreuznach & Landesverband Rheinland-Pfalz:

c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 12, 55543 Bad Kreuznach. Tel. 0671-62878.

Kriegsdienstverweigerungsberatung nach telefonischer Vereinbarung

Bensheim: Klaus Lemmes, Starkenburgstr. 4, 64625 Bensheim

Tel. 06251-644 26. KDV-Beratung nach telefonischer Vereinbarung

Darmstadt: c/o Michael Bauer, Gerhart-Hauptmann-Str. 47, 64291 Darmstadt.

DFGVKDarmstadt@aol.com Gruppentreffen dienstags 19.30 h, ehemalige

Bessunger Knabenschule, Ludwigshöhstr. 42.*

Kriegsdienstverweigerungsberatung telefonisch: Tel. 06151-375662

Frankfurt: Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt. Tel. 069-498 03 94 Fax 069-499

000, dfgvkffm@t-online.de Pazifistischer Ratschlag: 2. Montag im Monat 19 h,

KDV-Beratung 1. Montag im Monat 18 h

Friedberg: Hintergasse 27, 61169 Friedberg. dfgvk-friedberg@web.de

Kassel: Annastr. 11, 34119 Kassel. Kriegsdienstverweigerungsberatung nach telefonischer Vereinbarung Tel. 0561-89 30 27.

Lahn-Dill: c/o Martin Otto, Magdalenenhäuser Weg 31, 35578 Wetzlar.

Kriegsdienstverweigerungsberatung nach telefonischer Vereinbarung:

Tel. 06441-25462 (Martin Otto), 06441-71416 (Stefan Rohleder)

Mainz: c/o Interkulturelles Zentrum, Rheinallee 3d, 55116 Mainz.

Gruppentreffen incl. Kriegsdienstverweigerungsberatung: 1. Montag im Monat,

19.30 h <nur noch bis Dezember 2004 > dfgvkmz@web.de; www.dfg-vk-mainz.de

Marburg: Postfach 1246, 35002 Marburg. Tel. 06421-217 83. E-Mail

dfgvk@lahn.net, www.lahn.net/dfgvk/dfgvk.html

Gruppentreffen montags 20 h, Kfz, Schulstr.6.

Radiosendung: KALASCHNIKOV - das Magazin für militanten Pazifismus

2-wöchentlich mittwochs 19 h bis 20 h, die Wiederholung in der jeweils folgenden

Woche um 15 h bei Radio Unerhört Marburg UK W 90,1 MHz

Offenbach: c/o Franz Nadler, Riethgasse 4, 63075 Offenbach. Tel. + Fax: 069-

81 51 28. office@Connection-eV.de

Gruppentreffen dienstags 20 h, Club 32, Landgrafenstr. 5

Wiesbaden: c/o Peter Silbereisen, Wilhelminenstr. 30, 65193 Wiesbaden. Tel.

0611-910 36 66, Fax 0611-910 36 65 peter.silbereisen@web.de

Radiosendung PAZIFISSIMUS (Sendung von DFG-VK Mainz & Wiesbaden), 1.

Mittwoch im Monat 16 h, Wdh. 2. Mittwoch im Monat 16 h, im Rahmen des

Programms von Radio Quer auf der Wiesbadener Lokalradiofrequenz UK W 92,5

MHz pazifissimus@web.de

Internet DFG-VK Mainz www.dfg-vk-mainz.de,

DFG-VK Marburg: www.lahn.net/dfgvk/dfgvk.html

DFG-VK bundesweit www.dfg-vk.de

NSRP Bier, DFG-VK, Rheinallee 3d, Mainz

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Gruppe Mainz

c/o Interkulturelles Zentrum, Rheinallee 3d, 55116 Mainz

Gruppentreffen incl. Kriegsdienstverweigerungsberatung am 1. Montag im Monat 19.30 h

Konto 3683 00-600, Postbank Frankfurt, BLZ 500 100 60

dfgvkmz@web.de

www.dfg-vk-mainz.de

**Das Interkulturelle Zentrum wird nur noch bis
Dezember 2004 bestehen. Deshalb muss auch die
DFG-VK Mainz umziehen. Termine und Adressen
der DFG-VK Mainz ab 2005 auf unserer Homepage:**

www.dfg-vk-mainz.de

Informationen der DFG-VK sowie die Zeitschrift *Graswurzelrevolution* sind oft erhältlich
im Cardabela-Buchladen, Frauenlobstr. 40, Mainz

Redaktionsschluss dieses *Friedlichts*: 10.11.2004



DFG-VK